

Lichtensteiner Volksblatt

Organ für amtliche Kundmachungen.

Erscheint an jedem Freitag. Abonnementspreis: Für das Inland jährlich 4 Kr., halbjährlich 2 Kr., vierteljährlich 1 Kr., mit Postversendung und Zustellung ins Haus; für Oesterreich und Deutschland mit Postversendung jährlich 5 Kr., halbjährlich 2.50; für die Schweiz und das übrige Ausland jährlich 6 Kr., halbjährlich 3 Kr., vierteljährlich 1.50 franko ins Haus. Man abonniert im Inlande bei den betreffenden Briefboten; fürs Ausland bei den nächstgelegenen Postämtern oder bei der Redaktion des „Volksblattes“; für die Schweiz bei der Buchdruckerlei Buchs & Co. in Buchs (St. Gallen). — Briefe und Gelder werden franko erwartet. — Einrückungsgebühr für Inserate im Publikationsorte für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 8 h oder 10 Rp. — Korrespondenzen, Inserate und Gelder sind an die Redaktion einzusenden und zwar erstere spätestens bis jeden Mittwoch mittags.

Baduz, Freitag

Nr. 17

den 27. April 1906

Amtlicher Teil.

Kundmachung.

Mittwoch den 2. Mai d. J. beginnt das neue Schuljahr der hiesigen Landesschule.

Jene Elementarschüler, welche in diese Schule einzutreten beabsichtigen, haben sich Montag den 30. April d. J., vormittags 9 Uhr, im Lokale derselben einzufinden und der vorgeschriebenen Aufnahmsprüfung zu unterziehen.

Fürstliche Landes Schulbehörde.

Baduz, am 25. April 1906.

v. In der Maur m./p.

Nichtamtlicher Teil.

Waterland.

Personalien. Herr stfl. Rabinettst. v. In der Maur ist von seiner Dienstreife aus Wien wieder zurückgekehrt.

Baduz. (Eingef.) Der in Nummer 16 des „Lichtenst. Volksblattes“ veröffentlichte Artikel betreffend die Wasserversorgungsfrage in Baduz fordert aus sich selbst einige Worte der Erwiderung:

Wenn auch Punkt 1 jenes Gemeinderatsbeschlusses die Anschauung „einzelner Brunnen genossenschaften“, daß das Steuerkapital derselben schon mit Wasser versorgt nicht zu den Kosten der allgemeinen Wasserversorgung herangezogen werden können, entschieden zurückweist, so ist in dieser Sache jedenfalls noch nicht das letzte Wort gesprochen, da gesetzlich hierüber eine höhere Instanz endgültig zu entscheiden hat und über die zum größten Teile Jahrhunderte alten Rechte so Vieles wird nicht so ohne weiteres weggeschritten werden können. Der mit großer Mehrheit gefasste Beschluß bei der Gemeindeversammlung am 14. Jänner 1906 zeugt wohl am besten für das Verständnis, das dem humanitären Unternehmen einer Wasserversorgung entgegengebracht wird. Aber gerade in jener Gemeindeversammlung wurde außer dem Lichtensteiner'schen Projekte mit einem Kostenvoranschlag von 86,000 K ein Projekt Bohr, dessen Kosten mit 54,000 K veranschlagt sein sollen und das vor wenigen Jahren mindestens als sehr gut bezeichnet wurde, erwähnt und überdies durch den Herrn Vorsteher betont, daß die Gemeinde aber an keines dieser beiden Projekte gebunden sei, während im oben erwähnten Artikel (Nr. 16 d. Bl.) der Anschein erweckt wird, als ob es sich schon am 14. Jänner 1906 um Ausführung nur eines Planes mit einem Aufwande von 86,000 K gehandelt hätte. Von einer mit den „größten Uebertreibungen“ eingeleiteten „Agitation“ und einer planmäßigen Irreführung der öffentlichen Meinung, wie dort gesagt ist, wurde in Baduz blutwenig verspürt und ist auch durch die Ausführungen im veröffentlichten Gemeinderatsbeschlusse hiegegen nichts bewiesen, wenn sich auch der dort erwähnten Gemeindeforderung glücklicherweise ein bedeutenderes Gemeindevermögen gegenüberstellt, als bloß 50,900 K, da doch auch die Rheinberger'sche Stiftung, der Pfarrzehentfond u. Eigentum der Gemeinde sind, obwohl sie ebensowenig als der Lokalararmfond und die Begate der Gemeindefasse einen Ertrag liefern, weil sie ihren genau umschriebenen, sehr wohlthätig wirkenden Bestimmungen zu dienen haben. Aber wer ist es, der die Bequemlichkeit und die Vorteile des doch auch zu den Gemeindegeldern gehörenden Elek-

trizitätswerkes ziemlich gut bezahlt und damit die Schulden dieses Werkes tilgt? Wohl zum größten Teile nur die Bürger u. Steuerträger! Und trotz des berührten Vermögens der Gemeinde und dem nicht unbedeutenden Besitze desselben an Immobilien hat Baduz von allen lichtensteinerischen Gemeinden den zweithöchsten Steuerfuß mit 9%, der sich auch auf dieser Höhe erhält, seit der Gemeinde die 1904 gesetzlich eingeführten Polizeisteuern und Meldeböden zuziehen, während bei mehreren Gemeinden eine Steuererniedrigung eintrat (vergl. „Lichtenst. Volksblatt“ Nr. 43, Jahrgang 1904 und Nr. 42, Jahrgang 1905), wobei auch erwähnt werden mag, daß kaum eine andere liecht. Gemeindegeldern einen so geringen Nutzen von Gemeindegeldern zu geben gezwungen ist, als gerade Baduz.

Wenn der verstärkte Gemeinderat tadelt, daß die Abwehr einsetzte, bevor er in die Lage kam, über die Kosten und deren Bedeckung zu beraten und zu beschließen, so sei hier nur gesagt, daß doch aus verschiedenen vertrauenswürdigen Quellen (z. B. Lichtenst. Volksbl. 13) ein geplanter Kostenaufwand von 85,000 K zu entnehmen war und daß eben auch in dieser Richtung die gegebene Bescheidfrist ausgenützt werden wollte, um nicht erst seinerzeit gegen einen bis in alle Einzelheiten mit Mühe ausgearbeiteten Plan wegen seines zu großen Kosten Stellung nehmen zu müssen.

Telephon-Verkehr Lichtensteins.

Die Einbeziehung des Fürstentums Lichtenstein in den Fernsprechverkehr hat in der letzten Zeit eine nicht unbedeutende Erweiterung erfahren. Während bisher bloß die Sprechstelle in Baduz zum telephonischen Verkehr mit den benachbarten ausländischen Stationen zugelassen war, werden in Zukunft von sämtlichen selbständigen öffentlichen Telephonstellen des Fürstentums Gespräche mit Lindau, Friedrichshafen, Kressbronn, Wangenargen, Weckenbeuren und Tettang, sowie einer Reihe schweizerischer Stationen abgewickelt werden können.

Politische Rundschau.

Die „Allgemeine Rundschau“ (Herausgeber Dr. Armin Kaufen, München) schreibt in Nr. 16 vom 21. April unter der Spitzmarke:

Diplomatische Nachtisch = Beredsamkeit. Ruhige Feiertage. Das junge Grünzeug der Natur ist sichtlich gediehen, während die Kunstprodukte der menschlichen Weisheit eine Pause machten. Bei dem erfreulichen Mangel an Ereignissen spielen in den Zeitungen schon wieder die wohlgesetzten Worte eine große Rolle. Herr Bourgeois, der bisher sehr schweigsame Leiter der französischen auswärtigen Politik, hat am Gründonnerstag in der französischen Kammer einen längeren Epilog zur Marokkofrage verlesen, von dem ein französisches Blatt sagt, er sei von demselben Geiste befeelt, wie die Rede des Fürsten Bülow im Reichstage, und gestatte nunmehr zu sagen: der Zwischenfall ist erledigt! Wenn auch das Wort „erledigt“ etwas optimistisch ist, da die „friedliche Durchdringung“ Marokkos nicht aufgegeben, sondern höchstens aufgeschoben wird, so kann man doch anerkennen, daß Herr Bourgeois in friedlicher Weise seine und Frankreichs Befriedigung ausgesprochen hat. Er bezeichnet ausdrücklich das getroffene Abkommen als einen gerechten Ausgleich, allerdings nicht ohne den Zusatz: Das besondere Interesse Frankreichs in Marokko sei

seit dem Schlusse der Konferenz in den klarsten und befriedigendsten Ausdrücken anerkannt worden. Damit meint Herr Bourgeois die bekannten versöhnlichen Äußerungen des Fürsten Bülow über die historischen Rechte und die polizeilichen Fähigkeiten Frankreichs und Spaniens. Wir wollen hoffen, daß diese nachträgliche Berliner Höflichkeit die Stimmung gegenüber Deutschland verbessern hilft; noch weitere Artigkeiten in diesem Punkte könnten freilich die fortglühende Begehrlichkeit der Franzosen wieder zu hellen Flammen ansachen. Deutschland wird sozusagen immer den Fuß zwischen Tür und Rahmen halten müssen, damit nicht Frankreich seine gepriesenen Polizeikünste zum Ausschluß des deutschen Handels- und Unternehmungsgeistes benutze. Herr Bourgeois konnte bei aller Friedenstendenz nicht unterlassen, ein wenig damit zu prahlen, daß Frankreich in Algier die Festigkeit seiner Bündnisse und seiner Freundschaften erprobt habe, und daß sich noch wertvolle Sympathien dazu gesellt hätten. Gegen die Richtigkeit dieser Darstellung können wir nichts einwenden. Deutschland muß sich mit der Tatsache abfinden, daß es nur einen einzigen wirklich zuverlässigen Bundesgenossen hat: Oesterreich-Ungarn. In Italien will man freilich hier und da die gekränkte Unschuld spielen, weil im deutschen Reichstage und in der deutschen Presse von einem unsicheren Kantontisten gesprochen worden. Doch halten wir es für recht gut, wenn den Herren jenseits der Alpen klar gemacht wird, daß man sich das Vertrauen nur durch Taten verdienen und erhalten kann. Auf der anderen Seite würden wir es für unrecht halten, wenn man die Opfer des Besatzbruchs irgendwie unter der politischen Verstimmlung leiden lassen wollte. Dagegen war es zweifellos recht und klug, daß unsere Regierung die Auflegung der neuen russischen Milliardenanleihe in Deutschland ablehnte. Die russische Regierung hat freilich die Erklärung riskiert, sie sei in Algier sowohl ihrem Bündnis mit Frankreich als auch der alten Freundschaft mit Deutschland gerecht geworden; aber tatsächlich hat Graf Lambach mit seiner Zirkularnote den deutschen Nachbar „vor die Brust gestoßen“, um mit Onkel Bräsig zu reden. Er darf sich nicht wundern, wenn fortan die herkömmliche Giebedinerei gegen den östlichen Nachbar erheblich nachläßt. Es wird überhaupt Zeit, daß wir uns das Nachlaufen abgewöhnen. Diese Mahnung möchte ich auch an jene Blätter richten, die jetzt schon wieder ihre Rücken ausfüllen mit schönen Betrachtungen und Prophezeiungen über die neue Freundschaft zwischen Deutschland und England.

In der deutschen und italienischen Presse dauern die Erörterungen über die heutigen gegenseitigen Beziehungen fort. So liest man in der „Vossischen Zeitung“: „Die Marokko-Konferenz hat uns Deutsche gelehrt, daß bei Weibern und Nationen nicht der am Sichersten auf Gegenliebe rechnen darf, der das meiste Anrecht darauf zu haben scheint. Preußen hat für Italien Venedig erobert und ihm Rom gegeben, ohne auch nur einen Dank zu verlangen. Frankreich hat sich seine Hilfe bei der Eroberung der Lombardei und sein Schweigen bei der Annexion der oberitalienischen Fürstentümer mit Savoyen und Nizza bezahlen lassen; es hat die Dynastie Savoyen zur Aufgabe ihrer alten Hauptstadt gezwungen und Rom nicht um Zuneigung für Italien, sondern wegen der deutschen Siege 1870 ge-